

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postfach 100; Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Herausg.

„Tagblatt“ Nr. 6534-35.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags

Postfach 100; Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.50 monatlich, M. 4.50 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobahn. M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Postgebühren. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Hauptstellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Lieferanten.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 W. für örtliche Anzeigen; 35 W. für auswärtige Anzeigen; 1.25 M. für örtliche Anzeigen; 1.50 M. für auswärtige Anzeigen. 20% Erhöhung zu Tag. — Bei wiederholter Aufnahme besonderer Anzeigen entgegenstehender Reduktion. — Anzeigen-Akademie: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 9 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 57, Ku der Kottbuserstr. 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Mittwoch, 13. November 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 531. • 66. Jahrgang.

Änderung der Waffenstillstandsbedingungen.

Teilweise Erleichterungen.

W. T.-B. Berlin, 12. Nov. (Amtlich. Drahtbericht.) Nach einem gestern vormittag 6.25 Uhr vom Eisenbahnministerium geordneten Rundfunk der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche Oberste Heeresleitung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Änderungen vorgenommen worden: Die auf dem rechten Rheinufer vorbehaltenen neutralen Zone soll sich bis zu einer Entfernung von 10 Kilometern (statt 30 bis 40 Kilometer) vom Fluß erstrecken. Die Räumung der links- und rechtsrheinischen Gebiete muß in insgesamt 30 Tagen (statt 25) bewirkt sein. Die Zahl der auszuförmenden Lastkraftwagen wurde auf 5000, statt 10 000, festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen wird vereinbart, daß die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird. Die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen wird vor Abschluß der Friedensverhandlungen geregelt. Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen Österreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt werden, die vor dem Frieden zu Rußland gehörigen Gebiete sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten. Nach Artikel 14 müssen alle Requisitionen, Beschlagnahmen oder Zwangsmaßnahmen der deutschen Truppen, die dazu bestimmt waren, sich Hilfsmittel für Deutschland in Rumänien zu beschaffen, sofort aufhören. Der Zugang der Alliierten zu den geräumten Gebieten an der Ostgrenze, sei es über Danzig, sei es über die Weichsel, soll der Versorgung der Bevölkerung, der Aufrechterhaltung der Ordnung dienen.

Bezüglich Ostafrika wird bestimmt, daß dieses Gebiet innerhalb eines Monats von allen deutschen Streitkräften geräumt sein muß.

Die Bestimmungen über die U-Boote lautet: Auslieferung aller U-Boote, einschließlich der U-Bootkreuzer und Minenleger mit ihrer Bewaffnung und vollständigen Ausrüstung. Sie fahren nach einem von den Alliierten bestimmten Hafen. Solche, die nicht in See fahren können, werden abgerüstet, vom Personal verlassen und unter Aufsicht gestellt. Die Bestimmungen dieses Artikels werden in einem Zeitraum von 14 Tagen auszuführen. Die zu internierenden Schiffe müssen bereit sein, die deutschen Häfen binnen 7 Tagen zu verlassen.

Bezüglich der Blockade heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Blockade die Lebensmittelversorgung Deutschlands nach abgeschlossener Waffenstillstand nicht verhindern wird, in dem Maße, wie sie es für notwendig halten. Es wird jedoch zu Artikel 26 folgender Satz hinzugefügt: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beschäftigen sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung während des Waffenstillstands. Die Dauer des Waffenstillstands wird auf 35 Tage festgesetzt mit der Möglichkeit, daß die Verlängerung im Lauf dieses Zeitraums des Waffenstillstands, wenn die Klauseln nicht erfüllt werden, mit 48stündiger Wirkung gekündigt wird. Um die Ausführung zu erleichtern, wird das Prinzip einer ständigen internationalen Waffenstillstandskommission angenommen.

Wilson verspricht Nahrungsmittelhilfe.

W. T.-B. Washington, 12. Nov. (Drahtber.) In einer Ansprache in dem Konkrete sagte Wilson: Die Alliierten beschäftigen die Mittelkräfte mit Lebensmittel zu versorgen und sofort eine Unterstützungsorganisation wie früher in Belgien ins Leben zu rufen.

Deutscher Vorfriedensvorschlag an Wilson.

W. T.-B. Berlin, 12. Nov. (Amtlich. Drahtbericht.) Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Note gerichtet: Nachdem nunmehr der Waffenstillstand geschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten. Der Vorfriedensvorschlag heißt: Es ist jetzt unsere glückliche Pflicht, durch Beispiel und verständigen, freundschaftlichen Rat materielle Beihilfe bei Errichtung einer gerechten Demokratie in der ganzen Welt zu leisten. W. T.-B. New York, 11. Nov. (Neuter.) Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes führte zu begeisterten Rundfunkungen im ganzen Lande. Die Worte wurden geschlossen. Auch sonst ruhen die Geschäfte. Überall wurden Umzüge abgehalten.

Große Friedensfeier in Amerika.

W. T.-B. Washington, 11. Nov. Wilson erläßt eine Proklamation über den Waffenstillstand, in der er sagt: Alles, was man kämpfen, wurde erreicht. Es ist jetzt unsere glückliche Pflicht, durch Beispiel und verständigen, freundschaftlichen Rat materielle Beihilfe bei Errichtung einer gerechten Demokratie in der ganzen Welt zu leisten.

W. T.-B. New York, 11. Nov. (Neuter.) Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes führte zu begeisterten Rundfunkungen im ganzen Lande. Die Worte wurden geschlossen. Auch sonst ruhen die Geschäfte. Überall wurden Umzüge abgehalten.

Alle Einberufungen rückgängig gemacht.

W. T.-B. Washington, 11. Nov. (Neuter.) Alle Einberufungen für die Armee wurden rückgängig gemacht.

Einstellung der Rekrutierung in England.

W. T.-B. London, 12. Nov. (Neuter. Amtlich.) Die ganze Rekrutierung unter dem Militärdienstgesetz wurde eingestellt. Alle Einberufungen, die noch erfolgen sollten, wurden rückgängig gemacht.

Die Verlegung des Großen Hauptquartiers.

B. A. Berlin, 12. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Das Große Hauptquartier ist mit Genehmigung der Regierung durch Hindenburg von Spa nach Hamburg u. d. O. verlegt worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin teilt mit: Der Oberbefehlshaber-Ost mit den ihm unterstellten Armeen stellte sich in gleicher Weise wie die Oberste Heeresleitung zur Verfügung.

Falsche Gerüchte über den Kronprinzen.

W. T.-B. Berlin, 12. Nov. (Drahtbericht.) Die Meldung, daß der frühere Kronprinz sich mit dem Grafen nach Holland begibt, ist, wie wir erfahren, nicht richtig. Der frühere Kronprinz befindet sich bei den Truppen an der Front.

Errichtung von Standgerichten.

Br. Berlin, 12. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Wie mitgeteilt wird, hat gestern nachmittag im Kriegsministerium ein Ausschuss des Soldatenrats in Groß-Berlin getagt, der beschlossen hat, heute nachmittag die Grundzüge für die Errichtung von Standgerichten aufzustellen. Weiter ist eine Reihe von Maßnahmen im Gang, die bestimmt sind, die öffentliche Ruhe und das Privateigentum unbedingt gegen unbefugten Eingriff zu sichern.

Weitere Thronensagungen.

W. T.-B. Bernburg, 12. Nov. (Drahtbericht.) Der „Anhalter Kurier“ meldet: Der Prinzregent verzichtete für Herzog Joachim von Anhalt auf den Thron sowie für das herzogliche Haus auf Thronfolge. Der Prinzregent legte seinerseits die Regentschaft des Herzogtums nieder. Die neue Regierung wird morgen gebildet.

W. T.-B. Detmold, 12. Nov. (Drahtbericht.) Fürst Leopold XV. von Lippe entsagte dem Thron.

Karl von Habsburg in Niederösterreich.

W. T.-B. Wien, 12. Nov. (Drahtbericht.) Das Kaiserpaar fuhr mit seiner Familie nach Garsau.

Die Proklamation Deutsch-Österreichs als Bestandteil der deutschen Republik.

N. Wien, 12. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die Proklamation Deutsch-Österreichs zu einer Republik wird heute nachmittag mit großer Feierlichkeit begangen. Es ist ein großer Demonstrationstag geplant. Von den Tribünen werden die Staatsräte Ansprachen an die vorbeiziehende Menge halten.

N. Wien, 12. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Aus Anlaß der Proklamation Deutsch-Österreichs als Republik und des Anschlusses an die deutsche Republik gilt der heutige Tag als Feiertag. Es herrscht allgemeine Arbeitsruhe.

Eine Trauerfeier für Viktor Adler.

W. T.-B. Wien, 12. Nov. (Drahtbericht.) Die gestrige Nachmittagsfeierung des Staatsrats wurde mit einer Trauerfeierung für den verstorbenen Staatssekretär des Äußeren Dr. Viktor Adler eröffnet. Der Präsident Dauscher widmete dem Verstorbenen einen Nachruf, worin er erklärte, Adler ist das Opfer seines Pflichtbewusstseins. Er war Staatsfunktionär, der sozusagen von allen Parteien einstimmig gewählt wurde. Ihm wurde von den Parteien das wichtigste Amt des Äußeren übertragen, weil man auf seine Person, auf seine Beziehungen nach allen Richtungen große Hoffnungen für unsere Politik nach außen hin setzte. Wir werden ihn nicht vergessen, den treuen Mann, der dem Staat Deutsch-Österreich bis zum letzten Atemzug gedient hat.

Der Abzug der Bayern aus Tirol.

W. T.-B. Innsbruck, 12. Nov. (Drahtbericht. Kort. Kur.) Die bayerischen Truppen verlassen heute Tirol. Der Abtransport der Truppen geht nunmehr glatt vor sich. Den Blättern zufolge organisieren die Italiener den Transport südlich.

Polnische Banden in Oberschlesien und Posen.

B. A. Berlin, 12. Nov. (Eig. Drahtbericht. Ab.) Es liegt verlässliche Meldungen vor, daß sowohl in Oberschlesien als auch im polenischen Gebiet polnische Banden und undisziplinierte Verbände eingebrochen sind und raubend und plündernd Besitz von den Christen ergriffen. Der Rat der Volksbeauftragten hat gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat energische Maßnahmen beraten, um die deutschen Volksgenossen in diesem Gebiete zu unterstützen.

Die Mobilisation in der Schweiz.

W. T.-B. Zürich, 12. Nov. (Drahtbericht.) Der Regierungsrat erklärte in der heutigen Kantonsratsversammlung, daß drei Militärlieferanten zum Militär bereit wären und daß er sozialistische Reformen durchführen wolle.

W. T.-B. Bern, 12. Nov. (Drahtbericht.) Der Bundesrat erläßt einen Aufruf an das Schweizer Volk, in dem er die neuen militärischen Aufgaben und die Unterstellung des Staatspersonals unter die Militärgerichtsbarkeit sowie den Willen bekundet, jede Gewalttätigkeit zu verhindern. Er appelliert an die Bürger des freiheitlichen Staatswesens, dessen Einrichtungen und Gesetze dem Volk die Mittel in die Hand geben, einzig durch seinen Willen jeden Fortschritt und jede Erneuerung in wirtschaftlichem wie auch sozialem Gebiet zu verwirklichen.

Neue Arbeiter- und Soldatenräte.

W. T.-B. Berlin, 12. Nov. (Drahtbericht.) Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: In Marienburg, Liegnitz, Graudenz usw. wurden Soldatenräte gebildet. Auch in Frankfurt a. O. wurde ein Soldaten- und Arbeiter- rat gebildet. Weiter wird gemeldet: Soldatenräte sind gebildet in Antwerpen, Landsberg a. W., Glogau, Sensburg. Überall herrscht Ruhe.

W. T.-B. München, 12. Nov. (Drahtbericht.) Aus zahlreichen bayerischen Städten wird über die Verbreitung der revolutionären Bewegung berichtet, ebenso über Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, darunter Augsburg, Schweinfurt, Truppenübungsplatz Grafenwörth, Staßfurt. München zeigt bereits wieder das gewohnte Aussehen. Der Eisenbahnverkehr zeigt keine Einschränkungen.

Bessen nach dem badischen Muster.

Auch Vertreter anderer Parteien im Ministerium.

W. T.-B. Darmstadt, 11. Nov. Der neue Ministerpräsident Ulrich hat an das bayerische Volk heute folgende Proklamation erlassen, in der es u. a. heißt: Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat, als die von der Revolution proklamierten Träger der öffentlichen Gewalt, getrennt der bisherigen sozialdemokratischen Landtagsfraktion die Bildung des Ministeriums übertragen hat, hat sie heute diesen Auftrag übernommen. Die Fraktion geht dabei von dem Gedanken aus, daß die neue (provisorische) Regierung auch das Vertrauen der nichtsozialdemokratischen Bevölkerungsgemeinschaften sollte. Darum ist sie bereit, bei der Bildung der neuen Regierungsgemeinschaft auch Vertreter anderer Parteien, falls diese zur aufrichtigen Mitarbeit gewillt sind, in die Regierung mit aufzunehmen. Die Regierung soll ein Kollegialministerium sein und aus einem verantwortlichen Minister sowie Direktoren der einzelnen Ministerialabteilungen bestehen. Das Präsidium des Ministeriums und die oberste Leitung der Ministerialabteilungen des Innern wurden dem Unterzeichneten übertragen. Über die Besetzung der anderen Ministerialabteilungen sind Verhandlungen im Gange. Die Wahlen zur konstituierenden Volksversammlung werden sobald als möglich in die Wege geleitet werden. Volksgenossen, das Programm der neuen Regierung heißt kurz: Volkswohlfahrt! Demokratie!

Das neue Baden.

W. T.-B. Karlsruhe, 11. Nov. Die Volksregierung und die Arbeiter- und Soldatenräte haben eine Bekanntgabe an das Land gerichtet, in der es heißt: Die neue Volksregierung hat heute nachmittag mit den Arbeiter- und Soldatenräten des ganzen Landes getagt. Sie hat die Errichtung der Soldatenräte beauftragt und unterschrieben. Die Soldatenräte haben sich als Landesauschuss badischer Arbeiter- und Soldatenräte konstituiert. Sie haben die militärische Gewalt in Händen und stellen sich mit ihrer Macht hinter die vorläufige Regierung.

Bildung eines elsass-lothringischen Nationalrats.

W. T.-B. Straßburg, 12. Nov. Aufruf an die Bevölkerung Elsass-Lothringens! Die hier versammelten Mitglieder der Zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtags haben sich als elsass-lothringischen Nationalrat konstituiert und aus ihrer Mitte einen provisorischen Verwaltungsausschuss ernannt, der aus folgenden Mitgliedern besteht: Bürger (Straßburg), Justiz und Kultus; Heinrich Landwirtschaft; Imbs, soziale Arbeiter; Jung, Finanzen; Meyer (Lauterbourg), öffentliche Arbeiten und Verkehrswesen; Dr. Pfleger, Inneres und Unterricht; Veit, ohne Parteizugehörigkeit; Dr. Kallin, Präsident des Nationalrats ohne Parteizugehörigkeit. Der Nationalrat und der Ausschuss erwarten von der elsass-lothringischen Bevölkerung, daß sie dieser aus der Mitte ihrer gewählten Vertreter hervorgegangenen Verwaltung Vertrauen entgegenbringt und alles tut, um ihnen ihre Aufgaben in dieser vorübergehenden ganz freien Übergangszeit zu erleichtern. Der Nationalrat und der Ausschuss betrachten als ihre ausschließliche Aufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Fortführung der Geschäfte bis zur definitiven Regelung unserer Lage. Der Nationalrat macht es sämtlichen Beamten im Land zur strengsten Pflicht, auf ihrem Posten zu bleiben und ihr Amt weiterzuführen wie bisher. Der Nationalrat erwartet auch, daß Arbeiterschaft und Landwirtschaft, das Erntefest der Stunde sich bewußt, in voller Solidarität ihre Pflicht tun und den Bedürfnissen der Bevölkerung durch reifliche Zuführung der erforderlichen Lebensmittel und Fortführung ihrer Arbeit gerecht werden. Die Straßburger bleiben in Kraft. Der Schicksal des Geschicks wird allen Kreisen der Bevölkerung unterchiedlos zuteil werden. Allen politisch Verantwortlichen wird der Nationalrat volle Annerkennung gewähren. Der Nationalrat.

Die neue sozialistische Regierung.

B. A. Berlin, 12. Nov. (Eig. Drahtbericht. Ab.) Die Verteilung der Arbeitsgebiete im Räte der Volksbeauftragten ist vorläufig die folgende: Ebert Inneres und Militär, Gause Aukeres und Kolonies, Scheidemann Finanzen, Dittmann Demobilisation und öffentliche Gesundheitswesen, Landsberg Presse und Nachrichtenwesen, Barth soziale Politik.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Russlands zu Deutschland.

Br. Moskau, 12. Nov. (Eig. Drahtbericht. Ab.) Die Sowjetregierung beabsichtigt, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland mit möglicher Beschleunigung wieder aufzunehmen, jedoch soll Herr Toffe nicht wieder nach Berlin zurückkehren.

